



»Vorwärts und nicht vergessen...«

150 Jahre SPD in Bielefeld

Westfalen-Blatt 13. Juli 2018

von Joachim Wibbing

Bielefeld(WB). Heute vor genau 150 Jahren wurde in Bielefeld eine »Zweigstelle« des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins (ADAV) gegründet – die Keimzelle der SPD.



Auf dem Rütli fanden zahlreiche SPD-Veranstaltungen statt: Hier ein Parteitag in den 1950er Jahren. Foto: Stadtarchiv Bielefeld

Zunächst hatte es keinesfalls so ausgesehen, als würde sich sozialdemokratisches Gedankengut dauerhaft in der Region durchsetzen. Die Gründung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins (ADAV) durch Ferdinand Lassalle im Jahre 1863 stieß auf nur wenig Resonanz in Ravensberg und Bielefeld. Erst nach dem Tod der Integrationsfiguren Dr. Otto Lüning (1818-1868) und Rudolf Rempel (1815-1868) sowie mit der industriellen Revolution entstanden eigene politische Interessenvertretungen der Arbeiter: am 13. Juli 1868 wurde in Bielefeld eine erste ADAV-Dependance ins Leben gerufen. Minden folgte am 10. September. Beide Gruppen stellten von da an die Avantgarde der Sozialdemokratie im hiesigen Raum.

Die »Frühsozialisten« und die Soziale Frage

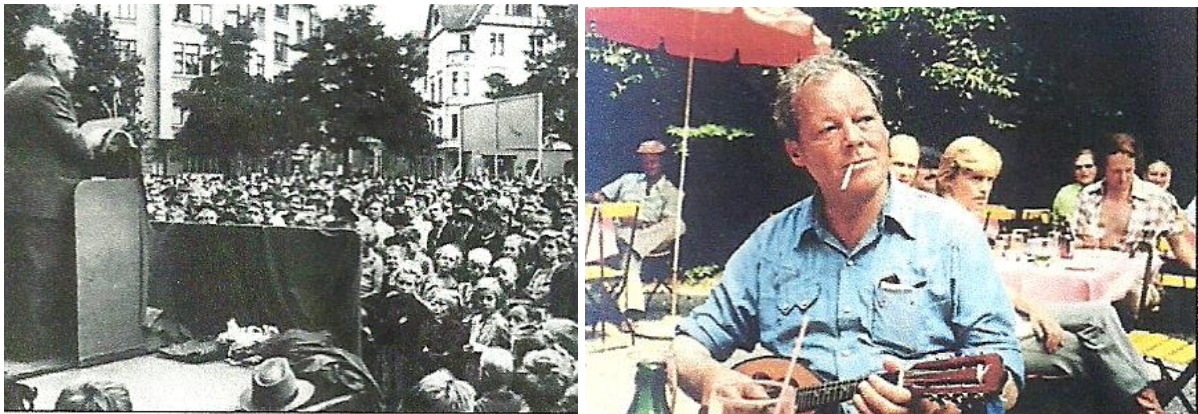
Die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts war in der Region von der großen Not und dem mannigfachen Elend der Leineweber und -spinner geprägt. Die »Frühsozialisten« Dr. Otto Lüning und Rudolf Rempel prangerten die schlechte Lage der arbeitenden Bevölkerung an. Beide setzten sich sehr für die Arbeiter ein und beschrieben in der Zeitung »Weser-Dampfboot« ihr hartes Dasein. Sie gehörten zu einer Gruppe bürgerlicher Reformen, welche auf Abhilfe für diese katastrophalen Verhältnisse sann. Doch mit dem Scheitern der März-Revolution im Jahre 1848 endeten diese Bemühungen zunächst. Die nächsten zwei Jahrzehnte spielte die Arbeiterbewegung keine große Rolle mehr in der Region.

Carl Severing im Reichstag

Ein ganz besonderer Höhepunkt der Parteiarbeit war das Jahr 1907, als nach der Reichstagswahl der erst 31-jährige gebürtige Herforder Carl Severing (1875-1952) in den Reichstag einzog. Nach dem Ende der Sozialistengesetze im Jahr 1890 waren erstmals Abgeordnete der SPD in den Reichstag gewählt worden. Den bürgerlichen und konservativen Parteien war dies ein Dorn im Auge. Was lag da näher, als diesen Wahlausgang bei der nächsten Gelegenheit wieder zu revidieren. Für den Reichskanzler von Bülow bot sich diese Gelegenheit, als es Ende des Jahres 1906 um die zukünftige Kolonialpolitik ging. Sie sollte ausgeweitet, neue Kolonien gewonnen werden. Ganz im Sinne des deutschen Kaisers Wilhelm II. Dagegen hatte sich die Sozialdemokratie ausgesprochen. Severing setzte sich schließlich gegen Theodor von Möller durch und konnte erstmals den Wahlkreis Bielefeld-Wiedenbrück für die SPD gewinnen.

Das »3. Reich« in Bielefeld und die SPD

Die Machtergreifung der Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 sollte natürlich auch ihre Auswirkungen auf Bielefeld haben. Ein wichtiges Ereignis stellte dabei das Verbot der sozialdemokratischen Tageszeitung »Volkswacht« am 28. Februar des Jahres dar. Am Vortag erschien die »Volkswacht« zum letzten Mal mit einer Schlagzeile, die wie ein Aufschrei, wie eine letzte, verzweifelte Warnung klang: »Bielefeld ist rot und bleibt rot! Ihr könnt das Wort verbieten, ihr tötet nicht den Geist.« Was blieb, war der Widerstand der Arbeiter durch innere Emigration, persönliche Verweigerung, mit Protesten gegen Einzelmaßnahmen bis hin zum Verfassen, Drucken und Verteilen illegaler Flugblätter gegen das NS-Regime. Diese Formen des Widerstands bezahlten viele Bielefelder Gewerkschafter und Arbeiter mit Haftstrafen. Emil Groß (1904-1967), ein markanter SPD-Genosse, wählte das Exil in den Niederlanden und organisierte den möglichen Widerstand von dort aus. Es wurden Flugblätter gedruckt und unter Lebensgefahr mit Fahrrädern in die alte Heimat gebracht und verteilt.



Links: Der SPD-Vorsitzende und Kanzlerkandidat Erich Ollenhauer hält im Jahr 1952 eine Rede auf dem Siegfriedplatz. Rechts: Willy Brandt mit Mandoline: Das Foto entstand 1976 bei einer Wanderung durch die Senne bei Bielefeld. Foto: Henning von Borstel

Der demokratische Neustart

Nach dem totalen Zusammenbruch des »1000-jährigen Reiches« im Jahre 1945 waren die SPD-Genossen zur Stelle und gründeten am 26. Oktober 1945 die Bielefelder SPD in der Oetkerhalle neu. Zentrale Persönlichkeit wurde Artur Ladebeck (1891-1963), der von 1946 bis 1961 – mit einer kurzen Unterbrechung – als Oberbürgermeister amtierte.

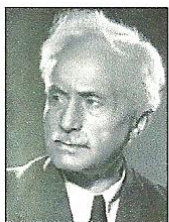
Während einer SPD-Versammlung im Ratsgymnasium zur Kommunalwahl 1946 formulierte er ein für die neu entstehende Demokratie

charakteristisches Zitat: »Demokratie kostet im Allgemeinen mehr Zeit, als wenn nur einer dasitzt und diktiert. Aber gerade das ist ja die Stärke der Demokratie und außerdem ist ihr Beschluss gerechter und unbestechlicher, wie die jüngste Vergangenheit es deutlich zeigte.« Die Sozialdemokratie errang in dieser ersten Nachkriegswahl 50,2 Prozent der Stimmen. Die drängendsten Probleme der Nachkriegszeit waren die Schaffung von Wohnraum sowie die Versorgung der Bevölkerung mit Kleidung und Nahrung. Die Wohnungsbaugenossenschaften und auch Hilfseinrichtungen, wie beispielsweise die Arbeiterwohlfahrt, unterstützten die erforderlichen Maßnahmen nach Kräften. Die Sozialdemokraten waren in dieser Zeit ebenfalls bemüht, eine umfassende Entnazifizierung in den städtischen Verwaltungsorganen durchzuführen.

Mit Frieda Nadig (1897-1970) kam eine der »Mütter« des Grundgesetzes aus Bielefeld. Mit Herbert Hinnendahl (1914-1993) stellte die SPD im Zeitraum von 1963 bis 1975 den Oberbürgermeister. Wichtige Projekte für die Stadt konnten realisiert werden: wie der Bau der Universität oder das Beschleunigungsprogramm für die Straßenbahn. Auch in dieser Zeit wurde die Sozialdemokratin Else Zimmermann (1907-1995) zur ersten Landrätin in Deutschland für den Kreis Bielefeld berufen. Zu den herausragenden SPD-Politikerinnen aus Bielefeld zählte ebenso Elfriede Eilers (1921-2016), die gut 23 Jahre als Abgeordnete ihre Heimatstadt im Bundestag vertrat und zeitweise auch zum SPD-Fraktionsvorstand gehörte.

Feierstunde am 12. Oktober

Die SPD stellte und stellt einen wichtigen Faktor in der politischen Geschichte der Stadt Bielefeld dar. Zu ihrem 150. Jubiläum wird derzeit eine umfassende Publikation mit zahlreichen Beiträgen und historischen Fotografien erarbeitet. Am 12. Oktober gibt es eine Feierstunde, bei der die Vorsitzende der SPD-Grundwertekommission Gesine Schwan die Festrede halten wird.



Der frühere preußische und Reichsinnenminister Carl Severing
Foto: Sammlung Wibbing



Artur Ladebeck amtierte von 1946 bis 1961 mit kurzer Unterbrechung als OB.
Foto: Stadtarchiv



SPD-Politiker und Herausgeber der »Freien Presse« Emil Groß.
Foto: Sammlung Wibbing



Frieda Nadig gehörte zu den vier »Müttern« des Grundgesetzes.
Foto: Hs. dt. Geschichte



Else Zimmermann war der erste »weibliche Landrat« in Deutschland.
Foto: Sammlung Wibbing



Elfriede Eilers war im Bundestag und bis 1990 AWO-Vize-Chefin.
Foto: Sammlung Wibbing



Herbert Hinnendahl stammte aus Sudbrack, war zwölf Jahre lang OB.
Foto: Sammlung Wibbing